

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 29. November 2016**

Sitzung Nr. 11 Ö

am Dienstag, 29. November 2016

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Alexander Eger

Gemeinderäte: Albert, Erwin-Peter
Back, Udo
Geider, Adolf
Grün, Klaus
Heger, Rudi
Herling, Michael
Kamuf, Carsten
Klemenzenz, Birgit
Knopf, Norbert
Köck, Siegfried
Krenzke, Marina (bis 21:35 Uhr, Mitte TOP 19)
Rehorst, Tobias
Ronellenfitsch, Andrea
Runde, Anneliese
Schell, Achim
Speckert, Ferdinand
Thome, Manuel
Vetter, Theo
Prof. Dr. Werner, Wolfgang

Protokollführung: Reich, Anette

Gäste: Dietz, Peter
Kleiber, Werner
Zorn, Harry
Longo, Nicolas
Heger, Simone (TOP 13 ab 18:40 Uhr)
Klumpp, Vanessa (TOP 15 ab 18:45 Uhr bis 21:35 Uhr)
Gericke, Elke (TOP 9)
Dr. Gericke, Frank (TOP 9)

Sitzungsbeginn: 18:03 Uhr

Sitzungsunterbrechung: 20:08 Uhr bis 20:15 Uhr

Sitzungsende: 21:56 Uhr

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 18.11.2016 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 19 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlen entschuldigt Rouven Dittmann, Roman Heger, Torsten Weis

Es fehlen unentschuldigt: keine

**Sitzung am: Dienstag, 29. November 2016 Nr. 11 Ö
Offenlage des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 25.10.2016**

Tagesordnungspunkt: 1

- 022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 29. November 2016

Hauptamtsleiterin Anette Reich informiert, dass entgegen der im Gemeindeblatt abgedruckten Niederschrift der Gemeinderatssitzung vom 27.09.2016 zum Tagesordnungspunkt „Auswirkung der Novellierung der Gemeindeordnung – Neufassung Geschäftsordnung des Gemeinderats“ die tatsächliche Beschlusslage zum Antrag, die Mindeststärke einer Fraktion im Gemeinderat solle zukünftig zwei Mitglieder betragen, nicht einstimmig, sondern mehrheitlich mit 11 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und einer Enthaltung ausgefallen war. Das Protokoll wurde insoweit bereits von der Schriftführerin der September-Sitzung berichtet.

Das Protokoll der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 25.10.2016 lag offen.

Sitzung am: Dienstag, 29. November 2016 Nr. 11 Ö	Tagesordnungspunkt: 2
Bestellung von Urkundspersonen	- 022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

Turnusgemäß werden **Gemeinderat Siegfried Köck** und **Gemeinderätin Marina Krenzke** als Urkundspersonen vorgeschlagen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Aufgrund des Weggangs von Gemeinderätin Marina Krenzke im Verlauf von Tagesordnungspunkt 19 wird **Gemeinderat Norbert Knopf** als Urkundsperson ab Tagesordnungspunkt 19 vorgeschlagen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Sitzung am: Dienstag, 29. November 2016 Nr. 11 Ö	Tagesordnungspunkt: 3
Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung	- 022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

Herr Heinrich Müller, wünscht sich, dass Abstimmungen so gestaltet werden, dass sie für die Zuschauer eindeutig und nachvollziehbar sind. Er bemängelt die Vorlage zum Rathausvorplatz, sie sei unübersichtlich und man erkenne nicht, wie der Radweg am Rathaus verläuft. Er wünscht sich eine optische Abgrenzung für den Radweg.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass, um das Geschehen besser nachvollziehen zu können, Sitzpläne im Zuschauerraum ausliegen. Zum zweiten Punkt merkt er an, dass versucht wird das Konzept zu optimieren.

Herr Marco Knopf, Stellvertretender Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Rot, weist darauf hin, dass bei der Umgestaltung der Tullastraße die optimale Verkehrsanfahrbarkeit und die ungehinderte Ausfahrt aus dem Feuerwehrgerätehaus gewährleistet bleiben müssen, und bittet genügend Parkplätze für die Feuerwehr freizuhalten.

Bürgermeister Dr. Eger sagt zu, dass dies definitiv mit einfließen wird.

Sitzung am: Dienstag, 29. November 2016 Nr. 11 Ö	Tagesordnungspunkt: 4
---	------------------------------

Bebauungsplan „Schiff II“

- 1. Beschlussfassung über die im Rahmen der erneuten Beteiligung der Fachbehörden und Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen**

2. Satzungsbeschluss

- 621.41 -

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Norbert Knopf hätte im Sinne seiner Fraktion eine verpflichtende Flachdachbegrünung sowie eine geringere Straßenbreite hinsichtlich der Flächenversiegelung bevorzugt, des Weiteren wäre die Umsetzung des Nahwärmekonzepts wünschenswert gewesen. Sie stimmen dem Beschlussvorschlag zu, wünschen sich aber in zukünftigen Neubaugebieten mehr ökologische Ansätze.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass die Gemeinde im ökologischen Sinne vorbildlich und gesetzeskonform bei immer schärferer Gesetzeslage auf einem guten Weg ist.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 29. November 2016

1. Der Gemeinderat beschließt die Abwägungsvorschläge zu den im Rahmen der erneuten Beteiligung der Fachbehörden und Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen gemäß beigefügter Liste.
2. Der Bebauungsplan „Schiff II“ wird gemäß § 10 Abs.1 BauGB als Satzung beschlossen. Die beigefügte Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

Sitzung am: Dienstag, 29. November 2016 Nr. 11 Ö	Tagesordnungspunkt: 5
Örtliche Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Schiff II“ Satzungsbeschluss	- 621.41 -

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Im Rahmen der erneuten Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB und der Offenlage der Örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Schiff II“ wurden keine Stellungnahmen und Anregungen vorgebracht.
2. Die Örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Schiff II“ werden gemäß §§ 74,75 LBO in Verbindung mit § 4 GemO als Satzung beschlossen. Die beigefügte Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

Sitzung am: Dienstag, 29. November 2016 Nr. 11 Ö	Tagesordnungspunkt: 6
Erschließung Gewerbegebiet „Schiff II“ Wasserversorgungs-, Entwässerungs-, Verkehrsanlage 1. Auftragsvergabe Erschließung Baugebiet „Schiff II“ 2. Vergabe Ingenieurleistungen der Bauausführung 3. Versetzen der Umspannstation	- 656.109 -

Ausführungen und Beschluss:

Gemeinderat Achim Schell signalisiert Zustimmung und fragt nach dem Beginn der Erschließung sowie der Aufschlüsselung der Kosten zwischen Gemeinde und Grundstückseigentümern und ob dadurch höhere Gebühren auf die Bürger zukommen.

Bauamtsleiter Werner Kleiber erklärt, dass die ersten Tiefbaugewerke Ende Januar beziehungsweise Anfang Februar gestattet werden können. Die Eigenbetriebe bauen, verbuchen die Anlagen in ihr Anlagevermögen zur Abschreibung und erhalten die Erschließungsbeiträge von der Gemeinde als Eigentümerin.

Gemeinderat Siegfried Köck ist erfreut, dass das Gewerbegebiet „Schiff II“ jetzt auf den Weg gebracht wird. Er begrüßt die Verbreiterung der Straße zu den Einkaufsmärkten um 50 Zentimeter sowie die Verlegung der Umspannstation und stimmt dem Beschlussvorschlag zu.

Gemeinderat Rudi Heger fragt nach, ob der Beginn der Erschließung auch das Ärztehaus betrifft und ob die Straßenlaterne auch versetzt werden.

Bauamtsleiter Werner Kleiber antwortet, dass die Baugenehmigung für das Ärztehaus nach Satzungsbeschluss nunmehr erteilt werden kann. Die Straßenlaternen werden durch Bau des Gehweges und Parkstreifens um 3,50 Meter nach hinten an die neue Grundstücksgrenze versetzt.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die Verwaltung und die Betriebsleitungen des EB Wasserversorgung bzw. des EB Abwasserentsorgung werden ermächtigt, die Aufträge zur Erschließung des Gewerbegebiets „Schiff II“ mit einer vorläufigen Gesamtauftragssumme von 1.517.566,11 € an die Firma Reif aus Rastatt zu verge-

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 29. November 2016

ben.

2. Die Verwaltung und die Betriebsleitungen der Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserentsorgung werden ermächtigt, die erforderlichen Ingenieurleistungen der Bauausführung (LP 5 – LP 9), sowie der örtlichen Bauüberwachung, an das Ingenieurbüro Mohn aus Karlsruhe entsprechend den gesetzlichen Rahmenbedingungen der HOAI 2013 freizugeben.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag zum Versetzen der Umspannstation mit der vorläufigen Auftragssumme in Höhe von 21.099,03 € an die Firma Netze BW aus Ettlingen zu vergeben.

Sitzung am: Dienstag, 29. November 2016 Nr. 11 Ö	Tagesordnungspunkt: 7
--	-----------------------

Flächennutzungsplan St. Leon-Rot 2020, 2. Teiländerung 1. Beschlussfassung über die im Rahmen der erneuten Beteiligung der Fachbehörden und Trägern öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen 2. Feststellungsbeschluss	- 621.41 -
---	------------

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Norbert Knopf möchte sichergestellt wissen, dass bei der Aufstellung von Hindernissen die Krötenwanderung beachtet wird, zeitnah eine Ampel als sichere Querungshilfe der Landstraße installiert wird und ein Radweg parallel zum Soccerpark hin zum Wald als Ringschluss vom St. Leoner See bis zur Kapelle geplant wird. Er fragt nach, wie der Kostenvergleich zwischen Anschluss an die Kanalisation und Kleinkläranlage ausfällt.

Bauamtsleiter Werner Kleiber antwortet, dass der Anschluss an die Kanalisation sehr viel teurer wäre, er aber in öffentlicher Sitzung keine Zahlen übermitteln wird, die von privaten Investoren in die Hand zu nehmen sind. Der Wasserrechtsbehörde obliegt die Abwägung zu treffen, wobei die Kleinkläranlage in jedem Fall genehmigungsfähig ist.

Auf Frage von **Gemeinderat Tobias Rehorst** bezüglich der Ampel erklärt **Bauamtsleiter Werner Kleiber**, dass die Stellungnahme des Baulastträgers beziehungsweise der Verkehrsbehörde schon berücksichtigt ist und dies final geklärt ist. Die Verkehrsbehörde des Rhein-Neckar-Kreises wird dies anordnen und das Straßenbauamt bauen.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die Abwägungsvorschläge zu den im Rahmen der erneuten Beteiligung der Fachbehörden und Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen gemäß beigefügter Liste.
2. Der „Flächennutzungsplan St. Leon-Rot 2020, 2. Teiländerung“ in der Fassung der Offenlage mit Begründung wird abschließend festgestellt.

Sitzung am: Dienstag, 29. November 2016 Nr. 11 Ö	Tagesordnungspunkt: 8
--	-----------------------

Bebauungsplan „Soccerpark Rhein-Neckar“ 1. Beschlussfassung über die im Rahmen der erneuten Beteiligung der Fachbehörden und Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen 2. Satzungsbeschluss	- 621.41 -
--	------------

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 29. November 2016

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Der Gemeinderat beschließt die Abwägungsvorschläge zu den im Rahmen der erneuten Beteiligung der Fachbehörden und Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen gemäß beigefügter Liste.**
2. **Der Bebauungsplan „Soccerpark Rhein-Neckar“ wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die beigefügte Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.**

Sitzung am: Dienstag, 29. November 2016 Nr. 11 Ö

Tagesordnungspunkt: 9

**Umgestaltung Knoten Hauptstraße /Walldorfer Straße
und Umgestaltung Tullastraße
hier: Vorstellung Vorentwürfe**

- 650.2 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt **Frau Elke Gericke** und Herrn **Dr. Frank Gericke** vom Büro Modus Consult aus Karlsruhe.

Herr Dr. Frank Gericke und **Frau Elke Gericke** präsentieren die Entwürfe zur Umgestaltung anhand beigefügter Präsentation. Die Signalanlage könnte östlich oder westlich des Knotens als Bedarfsampel stehen, ist verkehrsrechtlich jedoch nur alternativ an einer Stelle zulässig wegen des einzuhaltenden Mindestabstands. Für die Walldorfer Straße wird eine Fußgängerampel vorgeschlagen; die Stellungnahme der Verkehrsbehörde steht jedoch noch aus.

Bürgermeister Dr. Eger betont, dass eine Ampellösung mit zwei Bedarfsampeln nicht möglich ist, aber immer noch die Möglichkeit besteht, die Beampelung so zu belassen, wie sie ist. Wenn aber darüber entschieden wird, die jetzige Ampel aufzugeben, ist Variante 4 die Maximalversion, und dann muss diese Entscheidung auch nach außen vertreten werden. Für die Empfehlung der Verwaltung von Variante 4 war ausschlaggebend, den Schulweg mit der Ampelanlage zu sichern. Der Zebrastreifen auf der Walldorfer Straße als zusätzliche Sicherung ist sinnvoll, ein weiterer am dritten Querungsast aber leider nicht darstellbar. Die Stellungnahme seitens der Verkehrsbehörde steht noch aus. Er ist auch bisher davon ausgegangen, dass die Verschwenkungen und die geordnete Parkierung in der Tullastraße die Befahrbarkeit verbessern werden, doch sollte man dies im Dialog mit der Feuerwehr klären. Auf Privatgrundstücke, wie zum Beispiel auf den Parkplatz der Sparkasse, kann die Gemeinde allerdings nicht zugreifen. Zusätzliche Stellplätze sollen entlang der Hauptstraße und eventuell in der Verlängerung der bestehenden Plätze im unteren Bereich geschaffen werden. Er bittet die Feuerwehr darzustellen, wo die Schwierigkeiten bei der Einfahrt gesehen werden.

Stellvertretender Feuerwehrkommandant Marco Knopf verweist auf die zwei Stellplätze gegenüber dem Scheunenweg, die den Ausfahrtradius behindern. Außerdem werden wesentlich mehr Stellplätze für die Feuerwehrleute benötigt, die zu Einsätzen einrücken müssen oder Übungsabende absolvieren.

Gemeinderat Theo Vetter teilt mit, dass die Varianten 1 und 2 der heute vorgelegten Vorentwürfe in seiner Fraktion keine Zustimmung finden, sondern die Variante 4 bevorzugt wird, jedoch mit einigen Änderungen: die Fußgängersignalanlage befindet sich nach diesem Vorschlag auf Höhe der ehemaligen Metzgerei Speckert unmittelbar im Anschluss an den Schulweg zur Parkingschule und gewährleistet damit mehr Sicherheit. Nicht ganz so sinnvoll erscheint ihm die Platzierung der Signalanlage an der bestehenden Querungshilfe, da es hier zum Rückstau zur Bushaltestelle am Gasthaus Löwen kommen kann. Er wünscht den Erhalt beider Busbuchten, die Fahrbahnbreite der Walldorfer Straße von 9,20 m soll so weit als möglich reduziert werden, die Feuerwehrausfahrt als höchste Priorität muss gewährleistet sein und die beiden Stellplätze gegenüber dem Scheunenweg müssen deswegen entfallen. Er möchte wissen, ob man die Querungshilfe bei der Metzgerei Speckert als Mittelinsel zwischen der Ampel später noch benötigt, ob der Kreuzungsbereich als Rechts-vor-Links-Regelung eingerichtet werden kann im Hinblick darauf, dass die Straße auf 30 km reduziert wird, und ob der Grünstreifen an der Metzgerei Speckert genutzt werden kann für die Tullastraße. Die Gemeinde soll mit der Sparkasse in Kontakt zu treten, ob eine Parkplatzsanierung geplant ist oder ob die Gemeinde diesen

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 29. November 2016

Parkplatz erwerben kann. Im Bereich Tullastraße müssen mehr Parkplätze für die zum Einsatz einrückenden Feuerwehrleute geschaffen werden. Er möchte wissen, ob auf die Linksabbiegerspur verzichtet werden kann.

Gemeinderat Michael Herling war etwas überrascht, dass der Knotenpunkt ohne Linksabbiegespur leistungsfähig ist. Auch seine Fraktion hatte sich zwei Bedarfsampeln gewünscht, was leider rechtlich aber nicht möglich ist, ebenso auch keine zwei Zebrastreifen, sondern nur einer. Im Großen und Ganzen sprechen sie sich auch für Variante 4 aus, halten aber im Bereich der Tullastraße Variante 1 mit einer klaren Nutzungstrennung zwischen fahrendem Verkehr, Fußgängern und Radfahrern mit der maximalen Breite für sinnvoller und sicherer und möchte die Parkplatzsituation für die Feuerwehr verbessert wissen.

Gemeinderat Carsten Kamuf betont, dass der Knoten barrierefrei, verkehrsberuhigt und verkehrssicher umgestaltet werden soll, und ist für Variante 1 als wirtschaftliche Lösung. Die Bushaltestellen sollen barrierefrei umgebaut werden. Sollte die Umgestaltung des Kirchenplatzes ebenfalls beschlossen werden, sollte hiermit die Zusage der Kirche verbunden sein, ihre Eingangssituation zu verändern. Er möchte wissen, ob diese Flächen in Gemeindeeigentum sind. Vor dem Hintergrund der Maßnahme Parkringschule und Verlegung der 110-kV-Leitung rät er zu einem sinnvollen und günstigen Kompromiss bei der Auswahl der Module, z. B. bei der Wahl des Asphalts. Der Invest beträgt 2 Mio. Euro ohne Entsorgungskosten von schadstoffbelastetem Asphalt und ohne Leitungsarbeiten. Die Dauer der Baumaßnahme soll auf ein Minimum reduziert werden, um den wirtschaftlichen Schaden der ansässigen Gewerbetreibenden gering zu halten.

Gemeinderat Ferdinand Speckert vermisst die Berücksichtigung der Fußgänger und Fahrradfahrer und ist überrascht über Parkplätze und Bäume. Es fehlen Erläuterungen zur Verwerfung der Kreisel. Er bezweifelt, dass Verbesserungen durch diese heute vorgelegten Vorschläge entstehen. Er schlägt die kleine Kreisverkehrslösung vor, die bereits an mehreren Stellen in beiden Ortsteilen umgesetzt wurde, und möchte die drei Grundstücke, die mittlerweile im Besitz der Gemeinde sind, in die Planung einfließen zu lassen. Dass Busbuchten entfallen, ist nicht diskussionsfähig. Er wünscht mehr Zeit zur ausführlichen Diskussion und kann sich heute für keine Variante aussprechen.

Gemeinderat Manuel Thome hätte sich für seine Fraktion eine zeitliche Übersicht über die vorherige Planung gewünscht. Über die Vorschläge ist auch er enttäuscht, da sich keine wesentliche Verbesserung der Straße ergibt. Wenn heute entschieden werden muss spricht er sich für Variante 4 aus, aber mit Erhalt der Busbuchten, deren barrierefreien Ausbau er begrüßt, und Beachtung der Feuerwehrausfahrt. Er unterstützt den Vorschlag, die Parkplätze der Sparkasse zu kaufen, um Stellplätze für Feuerwehrleute zu schaffen, und schlägt vor, diese zur Reservierung farblich zu markieren. Gut findet er die Pflasterlösung in der Tullastraße, die zu langsamem Fahren auffordert. Insgesamt hätte er sich einen kreativeren Entwurf gewünscht.

Gemeinderat Norbert Knopf hätte sich ebenfalls eine große Lösung, auch in Bezug auf die Sicherheit der Fahrradfahrer, gewünscht. Ansonsten wäre Variante 4 in Ordnung. Er findet die Verengung der Walldorfer Straße mit Umgestaltung des Kirchemfelds sehr gut, hier sollte aber in Abstimmung mit der Kirche geplant werden. Gut finden sie auch den Abbau der Kreuzungsampel und den Wegfall der Linksabbiegerspur, die Fahrbahnverschwenkung in der Hauptstraße, die Pflanzung von Bäumen, die Anlage von Stellplätzen, von denen man einige für Elektroautos bereits vorbereiten sollte, die drei Querungshilfen für die Fußgänger, die Barrierefreiheit für die Bushaltestellen. Die Mischverkehrsflächen auf der Tullastraße ist gelungen, ebenso die Aufenthaltsfläche am Wendehammer in der Tullastraße. Er wünscht sich die Fußgängerampel an der Bushaltestelle wegen der höheren Fußgängerdichte, könnte sie aber auch an einer anderen Stelle mittragen. Auf der Kirchenseite soll die Bushaltestelle weggelassen werden, um durch den entstehenden Rückstau den entgegenkommenden Linksabbiegern in die Walldorfer Straße den Abfluss zu erleichtern. Auf der anderen Seite soll die Busbucht bleiben. Die Querungshilfe soll geteilt gebaut werden, d.h. eine Seite abgesenkt für Rollstuhl- und Rollatorfahrer und eine Seite erhöht für Sehbehinderte.

Gemeinderat Klaus Grün hält die Pläne für eine Fehlinvestition und plädiert dafür, die Ampelanlage so zu belassen, da ihm die Sicherheit der Grundschüler und Kindergartenkinder am Wichtigsten ist.

Gemeinderat Rudi Heger bittet bei der Verschwenkung und Reduzierung der Fahrbahnbreiten die größeren Gelenkbusse mit einer Länge von nunmehr 18,30 m zu bedenken. Er hält die Baumpflanzungen in der Tullastraße für problematisch im Hinblick auf das Rangieren der Feuerwehrfahrzeuge.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 29. November 2016

Gemeinderat Siegfried Köck stellt klar, dass seine Fraktion Belange der Bürger aufgreift ernst nimmt. Er besteht auf die Einhaltung bereits getroffener klarer Zieldefinitionen, nämlich keine Verlagerung von Verkehr auf Nebenstrecken und die Beibehaltung der Linienführung für den ÖPNV. Zwei Kreisverkehrsvarianten aus dem Rahmenverkehrsplan mussten wegen Nichtumsetzbarkeit herausgefiltert werden, außerdem wurde die Minikreisverkehrslösung wegen Unfallgefährdung verworfen; er bittet um Stellungnahme für den Fall, dass sich hier etwas geändert haben sollte. Er möchte außerdem eine klare Stellungnahme darüber, ob bei einer Fahrbahnbreite von 6,50 m für die Radfahrer noch mehr getan werden kann. Mit den Gewerbetreibenden muss man auch noch in die Feinplanung gehen.

Gemeinderat Udo Back ist mit den Entwürfen unzufrieden. In Variante 4 ist die Querungsinsel bei der Ampel sinnlos, da sie nur einen längeren Überweg schafft. Er hält gegenüber der vorgeschlagenen Mischverkehrsfläche eine strikte Trennung in der Tullastraße für besser, da hier oft gerast wird. Die Breiten der Gehwege sollten hier getauscht werden da auf der Ostseite mehr Kinder als auf der Westseite laufen. Weiter versteht er nicht, wieso die Signalanlage auf die linke Seite der Kreuzung kommen soll, wenn rechts laut Zählung mehr Querungen sind. Den Busbuchtenrückbau hält er für kritisch, da es durch das Überholen zu Gefahren kommen könnte. Die zwei Bäume in der Walldorfer Straße braucht man nicht. Er könnte sich eine zentrale Fußgängerbedarfsampel für den gesamten Kreuzungsbereich vorstellen, bei der alle Straßen für kurze Zeit blockiert werden. Ansonsten sieht er durch die Planung keine Verbesserungen der jetzigen Situation und würde dafür kein Geld ausgeben.

Gemeinderat Prof. Dr. Wolfgang Werner ist erstaunt, dass unter den Roter Gemeinderäten keine Einigung besteht, zumal es darum geht, den Ortskern schöner und lebenswerter zu gestalten. Wenn keine Einigung besteht, sollte das Thema vertagt werden, der Antrag hierfür muss aber von den Kritikern kommen.

Bürgermeister Dr. Eger empfindet es aufgrund der divergenten Diskussionslage momentan schwierig, einen Beschluss zu fassen. Er will auch nicht vorschnell entscheiden lassen, wenn die Gemeinderäte das Ganze noch einmal unter fachmännischer Leitung ausdiskutieren möchten. Er erinnert daran, dass die Kreisellösungen ausscheiden, weil definitiv keine Erwerbsmöglichkeit des hierfür notwendigen Grundstückes besteht.

Bauamtsleiter Werner Kleiber ergänzt, dass die Besitzer hierin ihren Lebens- und Erwerbsmittelpunkt für Wohnung und Betriebsführung sehen, und deshalb kein Verkauf beabsichtigt ist.

Bürgermeister Dr. Alexander Eger befürchtet durch einen Minikreisel an dieser Stelle Unmut. Außerdem liegen die von der Gemeinde erworbenen Grundstücke Hauptstraße 107 bis 113 nicht im Kreuzungsbereich und stehen deshalb für einen Kreisel nicht an der benötigten Stelle zur Verfügung. Zum Thema Busbuchten erklärt er, dass das eng getaktete Busangebot erhalten bleiben soll und vor dem Hintergrund von durchgängigem Tempo 30 nur mit Haltepunkten und Vorrang des Busverkehrs mit dem entsprechenden Zeitvorteil funktioniert. Zudem ist es die sicherere Lösung, weil die gefährlichen Überholvorgänge dadurch gerade abgeschlossen werden können. Für die Positionierung der Fußgängerampel sind die Querungszahlen nicht so wichtig wie der Grad der Schutzbedürftigkeit der querenden Grundschüler und Kindergartenkinder. An den Busbuchten hingegen sind eher ältere Kinder ab Klasse 5 und Jugendliche unterwegs. Weitere Parkplätze werden aufgrund der Verdichtung von Einrichtungen und im Schulbetrieb wie Gemeinschaftsschule, Mensa und Hort im Bereich Tullastraße gebraucht. Sofern dort die Mischverkehrsfläche akzeptiert wird, sind Verschwenke zur Reduzierung der Geschwindigkeit wichtig. Die DRK-Abfahrt müsste auch noch geprüft werden.

Herr Dr. Frank Gericke antwortet zur Frage der Verschmälerung der Walldorfer Straße, dass zwei große Busse aneinander vorbeikommen müssen und die Breite daher bleiben muss. Die Mittelinsel bei der Ampelanlage kann auch weggelassen werden. Sie hätte allenfalls den Sinn eines Verschwenkes in der Fahrkurve und damit einhergehend die Verlangsamung des Verkehrs. Die Mittelinsel wird dann nötig, wenn die Fußgängerfurt rechts zu den Bussen kommt. Er gibt den Hinweis, dass diese Pläne nur Vorentwürfe sind und alles bereits Gesagte in die Planung miteinfließen wird. Bezüglich der Busbuchten geht der Trend grundsätzlich zum Rückbau, da dadurch der Bus immer Vorfahrt hat, aber in der Nähe von Signalanlagen wird eine Bucht empfohlen, um ein Vorbeifahren bei Grün zu ermöglichen. Ohne Busbucht ist mehr Platz für Fußgänger und ein Wartehäuschen. Das Überholen kann man auch durch einen durchgezogenen weißen Strich vereiteln.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 29. November 2016

Gemeinderat Achim Schell wünscht die Auswertung der vielen verschiedenen Vorschläge und Anregungen sowie eine separate Sitzung zu diesem Thema. Er schlägt vor, die große Lösung noch einmal mit den neuen Tauschgrundstücken 107 bis 113 anzugehen.

Bürgermeister Dr. Alexander Eger stellt klar, dass sämtliche Grundstücksoptionen für eine Kreisellösung rechtzeitig, umfassend und abschließend geprüft wurden und das Ergebnis schlussendlich von allen akzeptiert werden muss.

Gemeinderat Ferdinand Speckert stellt den Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes mit der Bitte um Stellungnahme zu allen – auch den heute nicht dargelegten – Varianten durch Herrn Gericke.

Gemeinderat Theo Vetter will für seine Fraktion heute eine Grundsatzentscheidung für eine Variante, in der die heute eingegangenen Anregungen eingearbeitet werden sollen, und sieht eine Tendenz für Variante 4. Er bittet seine Frage zur Rechts-vor-Links-Regelung noch zu beantworten und die Sicherheit einer Mischverkehrsfläche zu erläutern.

Herr Dr. Frank Gericke führt aus, dass aus Sicht der Verkehrsbehörde der Charakter einer Hauptverkehrsstraße über die ganze Länge gewahrt bleiben müsste und Knoten an der gleichen Straße nicht unterschiedliche Regelungen haben sollen. Busse müssten bei einer Rechts-vor-links-Regelung dann an jedem Knotenpunkt anhalten, deshalb würde er hiervon abraten. Bei der Mischverkehrsfläche gibt es keine Trennung der Verkehrsteilnehmer voneinander auf der gesamten Fahrbahnbreite; es ist gegenseitige Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer nötig. Wenn keine parkenden Fahrzeuge gewünscht werden, unterstützt dies das Schnellfahren, ebenso eine breite Fahrbahn. Da es sich nur um eine kurze Zufahrt handelt, erscheint eine städtebauliche Gestaltung gerechtfertigt. Die Sicherheit wird man erzielen, zumal man durch Bäume eine schnelle gerade Fahrt eben zu den Hol- und Bringzeiten vereiteln kann.

Bürgermeister Dr. Alexander Eger bittet zum Vergleich nochmals die Variante 1 aufzulegen und erläutert, dass eine getrennte Verkehrsfläche zu einer geraden Achse führt, die zu schnellem Fahren verleitet. Weiter ist der Gehweg dann wie jetzt schon zugeparkt, wenn man nicht generell alles abpollert oder Halteverbot ausweist. Da sich viele im Kern für die Variante 4 ausgesprochen haben, schlägt er nicht die generelle Vertagung vor, sondern aufbauend auf dem Geäußerten die Varianten weiter zu bearbeiten, die Vorschläge chronologisch zu entscheiden und die Grundsatzentscheidung bei der Tullastraße über Trenn- oder Mischverkehrsfläche zu fällen.

Gemeinderat Tobias Rehorst führt zu dem Thema Busbuchten noch einmal aus, dass sie an der Hauptstraße als eine der meist frequentierten Bushaltestellen im Ort sinnvoll sind und der Rückbau auch auf der Südseite wenig Sinn macht, weil diese mehr zum Ausstieg benutzt wird, die Aufenthaltsdauer dort gering ist, der Einstieg auf der Nordseite erfolgt und es dort ein Wartehäuschen gibt. Außerdem entstehen beim Schülerverkehr morgens im Berufsverkehr unweigerlich Rückstauprobleme.

Bürgermeister Dr. Alexander Eger entgegnet hierauf, dass oft genug das Ziel vorgegeben wurde, die Durchfahrt für PKW so unattraktiv wie möglich zu machen, damit die Pkw-Fahrer die Umgehungsstraße benutzen. Der Rückbau der Busbucht ist eine dieser Maßnahmen.

Gemeinderat Michael Herling stimmt für seine Fraktion dem Antrag auf Vertagung zu, damit alle Vorschläge eingearbeitet werden können.

Bürgermeister Dr. Alexander Eger begrüßt dies insofern, als man sie dann auch der Straßenverkehrsbehörde noch mitgeben kann.

Gemeinderätin Marina Krenzke stimmt auch für die Vertagung. Sie möchte die Bushaltestellen so belassen, wie sie eingezeichnet sind, d. h. eine Haltestelle mit Bucht und die andere ohne. Sie betont noch einmal, dass ihr die Elektrotankstellen sehr wichtig sind.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 29. November 2016

Gemeinderat Erwin-Peter Albert stimmt ebenfalls angesichts der vielen Einflüsse, die nicht per Abstimmung geregelt werden sollten, für eine Vertagung.

Bürgermeister Dr. Alexander Eger stellt den Antrag auf Vertagung zur Abstimmung mit der Maßgabe, dass die Anregungen entweder als Alternative eingearbeitet oder als Liste aufgeführt werden, ausgehend von Variante 4 mit der Diskussion der Busbuchten, Vorstellung des ursprünglichen Rahmenverkehrsplans mit der Historie der Kreisellösung sowie Darstellung des Umbaus der Tullastraße als getrennte oder als Mischverkehrsfläche.

Der Antrag wird mit 14 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Bürgermeister Dr. Alexander Eger unterbricht die Sitzung für 10 Minuten.

Sitzung am: Dienstag, 29. November 2016 Nr. 11 Ö	Tagesordnungspunkt:	10
GPA Prüfung der Gemeinde St. Leon-Rot -Prüfung der Bauausgaben 2012 bis 2015 - Genehmigung von überplanmäßigen Mitteln	- 095.54 -	

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt die zur Zahlung der GPA Gebühren notwendigen überplanmäßigen Mittel im Gemeindehaushalt und in den Wirtschaftsplänen der geprüften Betriebe. Die Deckung ist jeweils durch vorhandene liquide Mittel gewährleistet.

Sitzung am: Dienstag, 29. November 2016 Nr. 11 Ö	Tagesordnungspunkt:	11
Neuerung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand durch § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) - Beschluss zur Ausübung der Option nach § 27 Abs. 22 UStG	- 905.0 -	

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger informiert, dass in der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses des Landkreises das Thema ebenfalls behandelt wurde und der Landkreis der Auffassung ist, das es sich hierbei um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt. Somit wird er als Bürgermeister die Entscheidung selber treffen, wobei der Gemeinderat über die Hintergründe informiert ist.

Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass die Gemeindeverwaltung gegenüber dem Finanzamt Heidelberg für

- die Gemeinde selbst,
- die Jagdgenossenschaft St. Leon-Rot und
- die Förderstiftung St. Leon-Roter Ortsvereine

folgende Optionserklärungen geben wird:

„Hiermit erklärt die Gemeinde St. Leon-Rot / Jagdgenossenschaft St. Leon-Rot / Förderstiftung St. Leon-Roter Ortsvereine, dass entsprechend § 27 Abs. 22 UStG n.F. für sämtliche nach dem 1. Januar 2017 und vor dem 1. Januar 2021 ausgeübte Tätigkeitsbereiche und damit verbundenen steuerbaren Leistungen § 2 Abs. 3 UStG in der Fassung vom 31. Dezember 2016 zur Anwendung kommen sollen“.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 29. November 2016

Sitzung am: Dienstag, 29. November 2016 Nr. 11 Ö	Tagesordnungspunkt: 12
Trägerschaft für das neue Jugendzentrum und die Schulsozialarbeit	- 464.20 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger dankt den Bewerbern für ihre Geduld. Nach der öffentlichen Vorstellung folgte ein nichtöffentliches Auswahlverfahren, das eine neue Wendung genommen hat.

Hauptamtsleiterin Anette Reich erläutert die Gründe für die vorgeschlagene Trägerschaftsübernahme. Die Dienst- und Fachaufsicht für das Jugendzentrum und die Schulsozialarbeit soll bei der zum Betriebsübergang ab 01.01.2018 neu einzurichtenden Stelle Jugendreferent/in angesiedelt werden, ebenfalls die nach Gemeindeordnung zu erfüllende Aufgabe der Kinder- und Jugendbeteiligung. Letztere wie auch die Begleitung des Neubauprojektes Jugendzentrum sollen bei Bedarf übergangsweise bis Ende 2017 von einer weiteren Vollzeitstelle im Sachgebiet Flüchtlingswesen mitbetreut werden; diese Stelle wird ebenfalls neu vorgeschlagen, weil 2017 mit weiteren 100 – 120 Integrationsfällen gerechnet wird.

Bürgermeister Dr. Eger bestätigt, dass auch beim Kreis der Personalschlüssel bei ca. 100 Fällen pro Sozialarbeiter liegt und auf dem Personalmarkt etwas Entspannung eintreten könnte, weil beim Kreis Kapazitäten abgebaut werden müssen.

Gemeinderat Siegfried Köck stellt fest, dass seit Beantragung eines Jugendzentrums durch seine Fraktion vor zehn Jahren im Jugendzentrum und auch in der Schulsozialarbeit sehr gute Arbeit geleistet worden ist. Er unterstützt die Überführung in gemeindliche Trägerschaft und betont die Wichtigkeit, dass bei der vorgesehenen Stellenaufstockung auch Urlaubs- und Krankheitsvertretung gewährleistet sein muss.

Gemeinderat Klaus Grün hält es für wichtig, dass das Jugendzentrum und die Schulsozialarbeit bei der Gemeindeverwaltung angesiedelt werden und signalisiert Zustimmung zu den beiden Stellen.

Gemeinderat Ferdinand Speckert sieht die Entscheidung als logische Konsequenz daraus, dass keine ortsfremde Trägerschaft angestrebt wird, und unterstützt die Ausschreibung der beiden zusätzlichen Stellen. Dem Personal des Trägers offene Jugendarbeit wünscht er eine gute Ankunft bei der Gemeinde St. Leon-Rot.

Gemeinderat Manuel Thome würdigt die Bewerbungen von vier guten Trägern, unter denen eine Wahl durchaus denkbar gewesen wäre, doch kann er sich auch der Eigenregie anschließen, zumal die Kosten nicht sehr verschieden sind, ein direkter Kontakt sowie eigene Steuerung und Koordination möglich werden. Er wünscht daher der Verwaltung bei der Übernahmeverhandlung gutes Gelingen.

Gemeinderat Norbert Knopf sieht die Vorteile bei der Jugendbeteiligung, dass die Informationen aus erster Hand ungefiltert ankommen, wenn kein Träger zwischengeschaltet ist, und die Wünsche der Jugendlichen aufgenommen und gestaltet werden können.

Gemeinderat Michael Herling verweist auf die zurückliegende knappe Mehrheitsentscheidung und spricht sich gegen eine Übernahme aus. Die unmittelbare Einflussnahme war auch gegenüber dem bisherigen Träger immer möglich und die Jugendlichen hatten einen direkten Kontakt zum Träger. Er fragt sich, wie ein Jugendreferent all die angesprochenen Aufgaben und Vertretungstätigkeiten für Jugendzentrum und Schulsozialarbeit übernehmen soll. Seine Fraktion hatte bereits beim Flüchtlingsbeauftragten für zwei Stellen plädiert. Da Steuerung, Koordination und Qualitätssicherung auch schon beim bisherigen Träger möglich gewesen sind, hält er diese Punkte nicht für relevant. Die Krankheitsvertretung kann durch einen externen Träger besser gelöst werden.

Bürgermeister Dr. Eger hält das Anforderungsprofil des Jugendreferenten für auskömmlich. Die Stelle ist im gehobenen Bereich angesiedelt und kann durchaus mit einer entsprechenden Erwartungshaltung verknüpft werden.

Gemeinderat Achim Schell sagt, dass seine Fraktion eigentlich für eine separate Trägerschaft war, die Mehrheitsentscheidung jedoch respektiert und sich deshalb der Stimme enthalten wird.

Bürgermeister Dr. Eger informiert, dass sich der Gemeinderat in der nichtöffentlichen Sitzung mehrheitlich mit 12 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen ohne Enthaltungen für eine gemeindliche Trägerschaft ausgesprochen hatte.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 29. November 2016

Der Gemeinderat fasst mit 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 6 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Die Gemeinde übernimmt zum 01.01.2018 das Jugendzentrum und die Schulsozialarbeit in gemeindliche Trägerschaft. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Träger eine Vereinbarung mit Personalübernahmeangebot zum persönlichen Stellenumfang zu schließen. Im Haushalt 2018 wird die Stelle eines Jugendreferenten / einer Jugendreferentin eingerichtet. Im Haushalt 2017 wird eine Sozialarbeiterstelle für Flüchtlingswesen eingerichtet, die übergangsweise auch Aufgaben für den Bereich Jugend übernimmt.

Sitzung am: Dienstag, 29. November 2016 Nr. 11 Ö	Tagesordnungspunkt:	13
Feststellung des Jahresabschlusses 2015 für die KWG	- 644.13.1 -	

Ausführungen und Beschluss:

Frau Simone Heger hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Siegfried Köck bewertet den Jahresgewinn positiv. Seine Fraktion sieht in Zukunft Bedarf für weitere Mietobjekte für sozial schwächere Menschen in der Gemeinde sowie Wohnraum für Anschlussunterbringung und wird diese auch einfordern.

Gemeinderat Klaus Grün findet, dass sehr gute Arbeit geleistet wurde, und möchte Gewinne in Neubauten investieren.

Gemeinderat Norbert Knopf signalisiert Zustimmung zur Entlastung des Aufsichtsrat. In der KWG wurde der Ablauf des Nießbrauchs in zwei Jahren besprochen und sie wird in der Problematik Wohnraum für sozial weniger betuchte Bürger und Flüchtlinge aktiv werden, was sich auf künftige Jahresabschlüsse auswirken wird.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt und bevollmächtigt folgende Beschlüsse in einer Gesellschafterversammlung zu fassen und zu dokumentieren:

1.	<u>Feststellung des Jahresabschlusses 2015</u>	
1.1	Bilanzsumme	
1.1.1	davon entfallen auf der Aktivseite auf	
	- das Anlagevermögen	2.095.243,00 €
	- die Beteiligungen	0,00 €
	- das Umlaufvermögen	765.487,07 €
	<u>Summe Aktiva:</u>	2.860.730,07 €
1.1.2.	davon entfallen auf der Passivseite auf:	
	- das Eigenkapital	885.212,32 €
	- Rückstellungen	26.295,95 €
	- die Verbindlichkeiten	1.949.221,80 €
	<u>Summe Passiva:</u>	2.860.730,07 €
1.2.	Jahresgewinn	
1.2.1	Summe der Erträge	524.067,13 €
1.2.2	Summe der Aufwendungen	520.917,15 €
2.	<u>Behandlung des Jahresgewinnes</u>	

Der Jahresgewinn in Höhe von 3.149,98 € wird auf das neue Wirtschaftsjahr vorgetragen.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 29. November 2016

3. Der Aufsichtsrat wird entlastet

Sitzung am: Dienstag, 29. November 2016 Nr. 11 Ö	Tagesordnungspunkt: 14
Beteiligungsbericht 2015 der Gemeinde St. Leon-Rot	- 913.65 -

Ausführungen und Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den Beteiligungsbericht 2015 der Gemeinde St. Leon-Rot zur Kenntnis.

Sitzung am: Dienstag, 29. November 2016 Nr. 11 Ö	Tagesordnungspunkt: 15
Änderung des Bedarfsplans Kinderbetreuung für 2016/17	- 460.023 -

Ausführungen und Beschluss:

Frau Vanessa Klumpp hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Tobias Rehorst erklärt, dass man im Kindergartenkuratorium selbst überrascht war über das abnehmende Interesse an den Betreuten Spielgruppen. Das U3-Angebot im Kindergarten St. Franziskus ist positiv für Geschwisterkinder. Er spricht den Trägern ein Lob aus für ihre Flexibilität.

Gemeinderat Michael Herling nimmt ebenfalls die sich wandelnde Nachfrage zur Kenntnis und fragt, ob aufgrund des Wegfalls der Künstlerecke dann dafür Raum fehlt und ob der Essraum neben dem Schlafraum nicht stört.

Frau Vanessa Klumpp antwortet, dass sie wegen der Künstlerecke bei den kleinen Strolchen nochmals nachfragen wird und dass es keine gleichzeitige Nutzung von Essraum und Schlafraum gibt.

Gemeinderat Ferdinand Speckert fragt nach den Gründen der Bedarfsverschiebung weg von Betreuer Spielgruppe hin zur Krippe mit verlängerter Öffnungszeit.

Frau Vanessa Klumpp sagt, dass die Anmeldezahlen nicht einmal eine Gruppe füllen würden, wohingegen sich für die Krippe Anfragen derzeit für Geschwisterkinder häufen.

Bürgermeister Dr. Alexander Eger ergänzt, dass dazu adäquat der Krippenbereich gestiegen ist. Früher ist die Betreute Spielgruppe sehr gefragt gewesen, mittlerweile hat sich aber durch den Betreuungsanspruch ab einem Jahr ein Wandel vollzogen hin zur Krippe wegen der längeren Berufstätigkeit der Frauen.

Für **Gemeinderat Norbert Knopf** ist diese Bedarfsänderung und der Bedarfsplan insgesamt ein Abbild des Wandels in der Lebens- und Arbeitswelt. Die Mütter können meist nicht mehrere Jahre in ihrem Beruf pausieren, weshalb eine andere Betreuung notwendig ist und der Krippenbereich weiter wachsen wird. Er begrüßt, dass St. Leon-Rot hier eine gut entwickelte Struktur hat, und sich auch der Waldkindergarten etabliert.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- 1. Der Gemeinderat beschließt den geänderten Bedarfsplan 2016/17 für die Kinderbetreuung in der beiliegenden Fassung. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.**
- 2. Der Gemeinderat beschließt die bauliche Maßnahme im Kinderbetreuungsgebäude in Höhe von 7.000 €. Die Deckung erfolgt aus Investitionsauftrag I 3650 000 101.**

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 29. November 2016

Sitzung am: Dienstag, 29. November 2016 Nr. 11 Ö	Tagesordnungspunkt:	16
Durchführung einer Umfrage für Senioren		- 425.30 -

Ausführungen und Beschluss:

Hauptamtsleiterin Frau Anette Reich hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage.

Gemeinderätin Anneliese Runde begrüßt die Initiative sehr, dass die ältere Generation nach Lebenssituation, Wünschen und Anregungen befragt wird. Sie findet den Umfrageinhalt ausgewogen und die Vorgehensweise durch persönliche Interviewer gelungen. Sie wünscht sich von der Verwaltung im Vorfeld eine intensive Informationsarbeit gegenüber den Senioren, um ihnen die Scheu zu nehmen, diese Auskünfte zu erteilen.

Gemeinderat Prof. Dr. Wolfgang Werner hält die Umfrage und den Fragebogen auch für sehr gut. Er wünscht noch eine Frage nach der Zufriedenheit bzw. nach Verbesserungsvorschlägen für Radfahrer.

Gemeinderat Ferdinand Speckert möchte ebenfalls die Frage nach der innerörtlichen Sicherheit der Radfahrer und Fußgänger ergänzt haben. Weiter soll das Sicherheitsgefühl der älteren Menschen abgefragt werden.

Gemeinderat Erwin-Peter Albert unterstützt die Umfrage auch. Die Kosten sind sehr überschaubar, und seine Fraktion ist gespannt auf die Umfrageergebnisse, da sie Erkenntnisse zur weiteren Vorgehensweise liefern werden.

Gemeinderat Norbert Knopf begrüßt die Umfrage sehr. Auch er wünscht die Situation der Fahrradfahrer zu erfassen.

Der Gemeinderat nimmt die Durchführung einer Umfrage für Senioren durch das Seniorenbüro zur Kenntnis.

Sitzung am: Dienstag, 29. November 2016 Nr. 11 Ö	Tagesordnungspunkt:	17
Einführung eines Sozialtickets Antrag Bündnis 90/Die Grünen		- 452.1 -

Ausführungen und Beschluss:

Gemeinderat Norbert Knopf führt aus, dass der Antrag aus dem Beweggrund heraus gestellt wurde, den ÖPNV zu fördern und den Verkehr umweltverträglich und klimaschonend umzusteuern. Die Gruppe der Harz-IV-Empfänger und Arbeitslosengeldbezieher ist hier noch benachteiligt. Die Bedarfssätze enthalten zwar einen gewissen Teil an Mobilität, sind jedoch nicht ausreichend. Der nicht abgedeckte Teil soll als Zuschuss von der Gemeinde kommen, um so einen Anreiz zu fördern, ein Ticket zu kaufen und am sozialen Leben teilzuhaben. Auch wird der Kostendeckungsgrad des ÖPNV durch mehr Auslastung verbessert, was wiederum den Zuschussbedarf seitens der Gemeinde mindert.

Hauptamtsleiterin Frau Anette Reich nimmt seitens der Verwaltung Stellung laut Sitzungsvorlage. Wegen des möglichen Wegfalls der Anspruchsgrundlage nach Beendigung von Sozialleistungsbezügen wurde der VRN ein Formulierungsvorschlag unterbreitet, damit der Ticketinhaber ab dann selbst für das Ticket eintritt. Hier besteht noch ein gewisses Risiko, wie dieser Fall mit der VRN verhandelt werden kann.

Bürgermeister Dr. Eger geht von einer Inanspruchnahme von 30 % aus und setzt den Finanzbedarf daher mit 40.000 € an.

Gemeinderat Tobias Rehorst findet angesichts des Regelsatzes von 25,45 €, dass die Anpassung dieses Regelsatzes eigentliche Aufgabe des Bundes ist und Parteien mit Regierungsbeteiligung hier entsprechende Initiativen ergreifen sollten. Nichtsdestotrotz ist seine Fraktion bereit, das Sozialticket auf zwei Jahre Probe einzuführen. Er schlägt vor, eine Evaluierung aber schon nach einem Jahr durchzuführen und analog zu Walldorf Personen ab 18 Jahren sowie Flüchtlinge mitaufzunehmen. Weiter ist ihm wichtig, dass gewährleistet ist, dass kein Missbrauch möglich ist.

Gemeinderat Prof. Dr. Wolfgang Werner unterstützt den Antrag, das Sozialticket auf zwei Jahre zu erproben. Die Gemeinde ist in seinen Augen eine Solidargemeinschaft. Angesichts des Preises von ca. 40 € für ein

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 29. November 2016

Seniorenticket sollte man auch den sozial Schwachen entgegenkommen.

Gemeinderat Ferdinand Speckert stimmt ebenfalls zu, das gute Beispiel aus Walldorf auszuprobieren. Auch er sieht kritisch, dass auf Bundesebene die Vorlagen geliefert werden und die Lösungsansätze in der Finanzierung dann die Gemeinde leisten müssen. Er hofft, dass durch das Angebot eines Sozialtickets auch das Schwarzfahren im ÖPNV gemindert werden kann, wenngleich der Bund auf Kosten der Gemeinde schwarze Zahlen schreibt.

Gemeinderat Erwin-Peter Albert unterstützt den Antrag ebenfalls für eine zweijährige Probezeit und findet, dass die Gemeinde sich das leisten kann.

Bürgermeister Dr. Eger kritisiert, dass der Sozialhilfesatz nicht auskömmlich berechnet ist, und sieht die Zuschussleistungen unter der Voraussetzung der Finanzierbarkeit der Gemeinde. Nehmerländer im Länderfinanzausgleich leisten sich z. B. kostenlose Schülerbeförderung.

Gemeinderat Adolf Geider hält Sozialwohnungen für wichtiger als die Beförderung und verweist auf die Möglichkeit zum Fahrradfahren.

Der Gemeinderat fasst mit 19 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung folgenden Beschluss:

Die Gemeinde führt auf 2 Jahre zur Probe ein Sozialticket ein, das die Bezieher von Leistungen nach dem SGB II, SGB XII, Wohngeldgesetz oder Asylbewerbergesetz in Anschlussunterbringung erhalten. Anspruchsberechtigte sind Personen zwischen 18 und 59 Jahren. Mit den Verkehrsunternehmen des VRN wird ein monatlicher Zuschuss von 39,60€ für das „Rhein-Neckar-Ticket“ vereinbart, das die Anspruchsberechtigten dann zum entsprechend vergünstigten Preis beim Verkehrsunternehmen erwerben können.

Mittel in Höhe von 40.000 € sollen hierfür im Haushalt 2017 bereitgestellt werden.

Sitzung am: Dienstag, 29. November 2016 Nr. 11 Ö	Tagesordnungspunkt:	18
Nutzungskonzept Kramer-Mühle hier: Besetzung der Projektgruppe	- 362.11 -	

Ausführungen und Beschluss:

Hauptamtsleiterin Anette Reich hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage und ergänzt, dass vonseiten der Jugendlichen Stephan Ackermann und Dominik Frankmann als Sprecher des Jugendzentrums an einer gemeinsamen Mitwirkung interessiert sind und auch die Künstlergruppe St. Leon-Rot Interesse signalisiert hat. Grundsätzlich besteht für alle Interessensgruppen und für jedermann darüber hinaus die Möglichkeit, im Rahmen der Bürgerbeteiligung Ideen und Vorschläge einzubringen.

Gemeinderätin Anneliese Runde wünscht als größere Fraktion zwei Plätze in der Projektgruppe und möchte wissen, ob die Fraktion einen Gemeinderatsvertreter oder auch einen sonstigen sachkundigen Bürger entsenden kann.

Bürgermeister Dr. Eger empfiehlt Gemeinderäte als Mitglieder, um den Informationsfluss in den Gemeinderat optimal zu gewährleisten und demokratisch legitimiert zu sein.

Gemeinderat Rudi Heger wünscht für seine Fraktion ebenfalls zwei Plätze und schlägt Gemeinderäte Michael Herling und Prof. Dr. Wolfgang Werner vor.

Gemeinderat Achim Schell ist dafür, einen Vertreter und einen Stellvertreter zu benennen, und schlägt für seine Fraktion Carsten Kamuf vor. Auch im Jugendzentrum soll es so gehandhabt werden.

Gemeinderat Ferdinand Speckert ist der Meinung, dass die Projektgruppe mindestens zur Hälfte aus Gemeinderäten bestehen soll, die demokratisch legitimiert sind, und ist ebenfalls für eine Stellvertreterregelung. Er schlägt für seine Fraktion Gemeinderat Udo Back vor. Die Beteiligung von Freundeskreisen und Arbeitskreisen mit zwei Personen möchte er offen lassen, die Besetzung im Bereich Gastronomie hält er für nicht mehr aktuell. Die Jugendlichen werden bereits bei der Jugendzentrumsplanung beteiligt, die Relevanz der Seniorenarbeit ist für ihn nebulös. Die Entscheidung über das Nutzungskonzept muss letztlich eine Sache der Fraktion bleiben. Die Projektgruppe darf sich nicht verselbstständigen ohne demokratische Entscheidungs-

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 29. November 2016

grundlage.

Bürgermeister Dr. Eger möchte die Vertretung für den Bereich Gastronomie noch intern im Hinblick auf Herrn Silvio Petersohn klären. Aufgabe der Projektgruppe ist es, einen möglichst breiten Konsens zu erzielen. Er schlägt vor, dass die Fraktionen einen Vertreter und einen Stellvertreter mit Teilnahmerecht benennen.

Gemeinderat Manuel Thome möchte, dass von jeder Fraktion nur ein Mitglied benannt wird und ein Stellvertreter, jedoch ohne Teilnahmerecht. Um den Kreis möglichst klein zu halten, möchte er auch aus den Arbeitskreisen jeweils nur einen Vertreter in der Projektgruppe haben, jedoch sollen alle einen Stellvertreter benennen, der terminlich einspringen kann.

Gemeinderätin Marina Krenzke findet es gut, wenn aus manchen Bereichen mehrere Leute kommen, und befürwortet deshalb die beiden Ortsvereinsvorsitzenden, zwei Vertreter vom Freundeskreis Kramer-Mühle und vom Jugendzentrum. Mit Blick auf die Gastronomie tendiert sie eher zur Zukunft und unterstützt eine Mitarbeit der Künstlergruppe. Sie findet es wichtig, dass viele verschiedene Gruppierungen aus der Gemeinde teilnehmen.

Gemeinderat Siegfried Köck schlägt in Anbetracht des Arguments, das die Gruppe nicht zu groß werden soll, Gemeinderätin Anneliese Runde als Vertreterin sowie sich selbst als Stellvertreter vor.

Gemeinderat Michael Herling kann sich ebenfalls vorstellen, dass die Fraktionen mit nur einem Vertreter teilnehmen, doch möchte er den maximalen Austausch ermöglichen und setzt sich daher für zwei Vertreter des Freundeskreises und des Arbeitskreises ein. Er unterstützt die Mitgliedschaft von Herrn Helmut Paul aufgrund von dessen langjähriger Erfahrung. Für eine Beteiligung der Künstlergruppe ist er offen, wenn es kulturell wichtig sein soll, ansonsten müsste man abwägen, ob die Gruppe nicht zu groß wird.

Bürgermeister Dr. Eger stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Die Fraktionen entsenden je einen Gemeinderat als Mitglied und benennen je einen Stellvertreter als Verhinderungsvertretung ohne ständiges Teilnahmerecht. Der Freundeskreis Kramer-Mühle, der Arbeitskreis Heimatgeschichte und das Jugendzentrum entsenden je einen Vertreter. Für die Fraktionen nehmen teil:

Anneliese Runde Stellv. Siegfried Köck	Freie Wähler
Michael Herling Stellv. Prof. Dr. Wolfgang Werner	FDP/SPD
Mitglied: Carsten Kamuf Stellv. Achim Schell	Union - Alternative für St. Leon
Udo Back Stellv. Birgit Klemenz	CDU
Manuel Thome Stellv. Erwin-Peter Albert	Junge Liste
Marina Krenzke Stellv. Norbert Knopf	Bündnis 90/Die Grünen

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschluss mit 10 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Sitzung am: Dienstag, 29. November 2016 Nr. 11 Ö	Tagesordnungspunkt:	19
Zuschussanträge		
-Angelsportverein Rot – Anschaffung Rasenschlepper –		
-Kleintierzucht- und Vogelverein Rot – Folgearbeiten		
-VfB St. Leon – Austausch der Versenkregner		
		- 362.11 -

Ausführungen und Beschluss:

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 29. November 2016

Hauptamtsleiterin Anette Reich erläutert die Besonderheiten der Vereinsanträge gemäß der Sitzungsvorlage.

Gemeinderätin Anneliese Runde versteht das Anliegen des Angelsportvereins, findet aber, dass der Verein noch eine Saison mit dem jetzigen Schlepper arbeiten soll, bis die Maßnahme 2018 regulär zuschussfähig wird. Den Antrag des Kleintierzucht- und Vogelvereins unterstützt sie, da dieser Pech hatte bei der Baumaßnahme und kurzfristig handeln musste. Den Antrag des VFB St. Leon kann sie unterstützen wenn die Maßnahme nach den Vereinsförderrichtlinien gefördert werden kann. Sie fragt nach, ob es generell möglich ist, dass die Gemeinde eine Einlage in die Förderstiftung St. Leon-Roter Ortsvereine macht.

Bürgermeister Dr. Alexander Eger erklärt, dass eine Einlage nicht weiterhelfen wird, da zurzeit keine Zinserträge mehr erzielt werden. Ein ähnlicher Antrag des FC war zwar seinerzeit komplett bezuschusst worden aufgrund einer Sondersituation des Vereins, allerdings war die Handhabung in der Förderstiftung ansonsten auch immer ähnlich wie nach den Vereinsförderrichtlinien mit einem Drittel.

Gemeinderat Achim Schell hat mit den Anträgen keine Probleme. Er erwägt sogar, dass die Maßnahme des VFB St. Leon wie damals die des FC Rot komplett übernommen werden könnten, um keine Ungleichbehandlung zu haben. Er stimmt der Vorlage zu.

Bürgermeister Dr. Alexander Eger erläutert, dass die Maßnahme des FC Rot unter der 2.500-€-Bagatellgrenze war und sie deshalb durch die Förderstiftung gedeckt wurde, und zwar komplett, weil der Verein damals sich in einer existenzbedrohenden Situation befunden hat.

Gemeinderat Ferdinand Speckert unterstützt die Antragstellungen und findet, dass die Vereine gute Arbeit leisten, die Vereinsanlagen in Schuss halten und dabei von der Gemeinde unterstützt werden sollen, um ein deutliches Signal der Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements zu setzen.

Gemeinderätin Marina Krenzke verlässt den Sitzungssaal.

Gemeinderäte Manuel Thome, Norbert Knopf und Michael Herling signalisieren Zustimmung zu allen drei Anträgen.

Der Gemeinderat beschließt mit 15 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen:

Dem ASV Rot wird für die Beschaffung des Rasenschleppers mit Kosten von 9.952,00 € ein Zuschuss von max. 33 % = 3.284,16 € gewährt.

Die Mittel sind im Haushaltsplan 2017 zu veranschlagen und nach Vorlage der Rechnung auszubezahlen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Dem Kleintierzucht- und Vogelverein Rot wird für die Herstellung des Zaun-Betonfundaments und den Kauf des Zaunes mit Kosten von 5.019,58 € ein Zuschuss von max. 33 % = 1.656,46 € gewährt.

Die Mittel sind im Haushaltsplan 2017 zu veranschlagen und nach Vorlage der Rechnung auszubezahlen.

Der Gemeinderat beschließt mit 16 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen:

Dem VFB St. Leon wird für den Austausch der Versenkregner auf den Rasenplatz mit Kosten von 6.640,91 € ein Zuschuss von max. 33 % = 2.191,50 € gewährt.

Die Mittel sind im Haushaltsplan 2017 zu veranschlagen und nach Vorlage der Rechnung auszubezahlen.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 29. November 2016**

Sitzung am: Dienstag, 29. November 2016 Nr. 11 Ö	Tagesordnungspunkt: 20
Errichtung von betreuten Wohnungen für Senioren beim Caritas Seniorenzentrum St. Leon-Rot hier: Option auf Erwerb von 3 Wohnungen	- 632.6 -

Ausführungen und Beschluss:

Es besteht Einvernehmen, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Sitzung am: Dienstag, 29. November 2016 Nr. 11 Ö	Tagesordnungspunkt: 21
Umgestaltung des Rathausvorplatzes hier: Vorstellung des Entwurfs	- 043.11 -

Ausführungen und Beschluss:

Es besteht Einvernehmen, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Sitzung am: Dienstag, 29. November 2016 Nr. 11 Ö	Tagesordnungspunkt: 22
Verschiedenes	- 022.3 -

Bürgermeister Dr. Eger informiert, dass die Schulleiterstelle an der Parkringschule ausgeschrieben ist aufgrund des altersbedingten Ausscheidens von Frau Beiner-Schulitz zum Ende des laufenden Schuljahres.

Sitzung am: Dienstag, 29. November 2016 Nr. 11 Ö	Tagesordnungspunkt: 23
Wünsche und Anfragen	- 022.3 -

Gemeinderat Udo Back übergibt Bürgermeister Dr. Eger einen Antrag der Fraktion CDU St. Leon-Rot auf Diskussion über die Erschließung weiterer Baugebiete in St. Leon-Rot sowie einen Antrag zur Verlegung der Bushaltestelle in der Walldorfer Straße und zur Einrichtung einer neuen beidseitigen Bushaltestelle in der Bahnhofstraße.